

ASYL

Alles so schön günstig hier

Im Inneren der Asylorganisation Zürich (AOZ) liegt einiges im Argen. Beim Bund hat sie sich dennoch gerade ein weiteres Betreuungsmandat für eine ganze Bundesasylregion geangelt. Eine Recherche zu prekären Arbeitsverhältnissen, überbordender Wettbewerbslogik und vergessener Menschlichkeit.

VON NORA STRASSMANN UND LORENZ NAEGELI (TEXT) UND URSULA HÄNE (FOTO)



Nicht nur für die BewohnerInnen, auch für die BetreuerInnen ist die Situation unhaltbar: Das Bundesasylzentrum auf dem Zürcher Duttweiler-Areal.

Xenia Krstova* sagt leise: «Die Arbeit, die uns zugemutet wird, ist der absolute Wahnsinn.» Krstova arbeitet seit längerem als Betreuerin bei der Asylorganisation Zürich (AOZ). Früher im Testbetrieb Juchhof, heute im Bundesasylzentrum (BAZ) auf dem Duttweiler-Areal. Betrieben wird das BAZ wie alle Bundesasylzentren vom Staatssekretariat für Migration (SEM), das die AOZ mit der Betreuung mandatiert hat. Der Sicherheitsauftrag ging zuerst an die Securitas AG, Anfang des Jahres übernahm die Firma Protectas SA.

Einen Arbeitstag im BAZ schildert Krstova so: «Der Frühdienst beginnt um halb sieben.» Als Erstes müssten die Asylsuchenden mit frühen Terminen geweckt werden. Über den Tag verteilt müssten die BetreuerInnen etwa sechzig Leute wegen Terminen auffinden. Daneben stehe noch viel mehr an: Znüni vorbereiten, die Kinder zur Schule schicken. Mithelfen bei Neueintritten, die Fingerabdrücke abgeben müssen und fotografiert werden. Kioskbedienung. Wäsche. Zimmer für die provisorischen Neueintritte putzen. Mittagessen schöpfen, Geschirr abwaschen.

Keine Zeit für Betreuung

Viel wurde schon geschrieben über das Zürcher Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal. Kurz nach der Eröffnung hagelte es Kritik am repressiven Sicherheitsregime. Die Sicherheitsleute unterziehen die BewohnerInnen bei jedem Betreten des BAZ einer Ganzkörperkontrolle. Sie dürfen zudem jederzeit in ihre Zimmer eindringen. Sozialvorsteher Raphael Golta, der auch Vizepräsident der AOZ ist, befand, die Zustände seien nicht menschenwürdig. Es folgten minimale Verbesserungen: Kugelschreiber dürfen nun ins Zentrum hineingenommen werden, und SchülerInnen werden nicht mehr systematisch kontrolliert.

Auf dem Duttweiler-Areal liegt aber offenbar nicht nur das Sicherheitsregime, sondern auch die Betreuung im Argen: Die WOZ hat mehrere aktuelle und ehemalige MitarbeiterInnen der AOZ getroffen, die von unhaltbaren Arbeitsbedingun-

gen berichten – und davon, wie sich diese auf die BewohnerInnen auswirken. Krstova sagt: Für persönliche Betreuung, «Sorgen und Ängste anhören, Streitschlichtung, Dolmetscherdienste», bleibe im täglichen Stress viel zu wenig Zeit. Am Mittagessen teilnehmen dürften die Angestellten seit dem Umzug vom Juchhof aufs Duttweiler-Areal nicht mehr (das bestätigen mehrere MitarbeiterInnen). Nach dem Mittag gebe es jeweils einen kurzen Rapport. Da dieser die einzige Möglichkeit für Psychohygiene biete, ufer er regelmässig aus. Im Januar waren gemäss der WOZ vorliegenden Schichtplänen bis 11 Uhr jeweils drei bis fünf BetreuerInnen einge- teilt, bei durchschnittlich 300 Asylsuchenden. Diese Personalbelegung entspricht jedoch einer mittleren Belegungsstufe, die das SEM mit maximal 216 Asylsuchenden definiert (was den SEM-Prognose für Januar bis März entspricht).

Rafaela Lieberhardt*, ehemalige Sozialarbeiterin im Testbetrieb Juchhof, kritisiert die Arbeitsbedingungen im BAZ scharf: Die BetreuerInnen seien schon im Juch emotional und organisatorisch komplett überlastet gewesen, sagt sie. Eine systematische Unterstützung zur psychischen Entlastung bietet die AOZ aber nicht. Lieberhardt erzählt von einem Vater, der auf der Flucht sein Kind verloren habe, von Kriegstraumatisierungen, von Suizidversuchen, die sie habe mitansehen müssen. Im Gegensatz zu den SozialpädagogInnen, die im BAZ für die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger zuständig sind, ist das Betreuungspersonal für derart hochsensible Situationen nicht geschult. Doch auch bei der Betreuung der Minderjährigen ist die Situation prekär: Ihre Zahl stieg Ende 2019 auf 56 – bei lediglich 200 Stellenprozenten für SozialpädagogInnen.

Viele BetreuerInnen im BAZ sind MigrantInnen, deren Ausbildungen in der Schweiz nur teilweise oder gar nicht anerkannt sind. Die AOZ ist für sie einer der wenigen legalen Arbeitgeber. Davon profitiert sie offenbar: Gemäss städtischer Lohnskala ist ein Grossteil des BAZ-Personals nicht als BetreuerIn eingestuft, sondern in einer schlechter bezahlten Assistenzfunktion. Dies, obwohl diverse

interne Arbeitsdokumente, die der WOZ vorliegen, beweisen, dass die Betreuungspersonen niemandem assistieren und faktisch soziale Arbeit aus erster Hand leisten. Martina Flühmann, Gewerkschaftssekretärin des VPOD und zuständig für die Sozialpartnerschaft mit der AOZ, schlussfolgert: «Die Asylsuchenden sind zusammen mit den Betreuerinnen und Betreuern das schwächste Glied in der Kette und die Leidtragenden der Tatsache, dass nicht einmal eine Fachorganisation genügend Ressourcen für die Betreuung gewährleisten kann.» Die AOZ sei gut in der Auswahl von fähigem, motiviertem Personal – doch da dieses keine anerkannten Zertifizierungen im Betreuungsbereich habe, müsse sie die Arbeit nicht angemessen honorieren.

Das kritisiert der VPOD. Die Überbelastung der BetreuerInnen ist Flühmann bestens bekannt: «Sie leisten tagtäglich mehr, als der Stellenbeschrieb von ihnen verlangen würde.» Und sie ist sich sicher: Der Betrieb lebe davon, dass die Leute für die Asylsuchenden da sein wollten und gerne zusätzliche Verantwortung übernehmen. Die AOZ bestätigt auf Anfrage, dass sie neben «BetreuerInnen mit Fachverantwortung» auch «viele BetreuerInnen ohne Fachverantwortung» beschäftige, die weniger verdienen. Auf den Vorwurf, dass sie mit weiter reichenden Aufgaben überlastet würden, geht sie nicht ein. Als Orientierungsrahmen für die Einstellungen diene der AOZ das Stadtzürcher Personalrecht und Lohnsystem samt Funktionsbeschreibungen.

Maximal günstige Offerten

Die AOZ ist eine öffentlich-rechtliche, nicht gewinnorientierte Organisation der Stadt Zürich. Neben verschiedensten Betreuungsdienstleistungen bietet sie unter anderem Dolmetschdienste oder Beratung bei der Wohnungssuche an. In den letzten Jahren ist sie gehörig gewachsen. Im September erhielt sie vom SEM zusätzlich das Betreuungsmandat für die BAZ in der Asylregion «Tessin und Zentralschweiz». Die anderen Mandate gingen an die private, gewinnorientierte Sicherheitsfirma ORS. Das SEM hierzu: «Die Angebote der nun mandatierten Organisationen überzeugten durch das beste Preis-Leistungs-Verhältnis.» Das SEM schafft also einen Anreiz, maximal günstige Offerten einzureichen. Auf Anfrage der WOZ bezüglich ihrer Expansionslust sagt die AOZ: «Als Organisation, die gute Arbeit zu leisten gewillt ist, beteiligt sich die AOZ seit rund zwanzig Jahren an relevanten öffentlichen Ausschreibungen.» Der VPOD aber beobachtet gemäss Flühmann einhergehend mit dem Wachstumsdrang der AOZ auch eine Häufung der Anfragen von Mitarbeitenden.

Telmur Frino*, Betreuer auf dem Duttweiler-Areal, beklagt, dass sich die AOZ-Führungsriege zu wenig für die Arbeitsbedingungen im BAZ interessiert, zuweilen gar barsch auf die Unzufriedenheit der Betroffenen reagiere. Der «Bereichsleiter Bundeszentren» sei zwar auch schon auf dem Duttweiler-Areal aufgetaucht, um vorgeblich den Puls der Angestellten zu fühlen. Doch habe er in der miterlebten Situation nur zwischen Tür und Angel nach der Stimmung gefragt, «mitten in einem Rapport». Frino erinnert sich an eine entsprechende Situation, in der sich schliesslich einige MitarbeiterInnen über die Arbeitsbedingungen und den schlechten Lohn beschwert hätten. Da sei die gute

Miene gekippt. «Es hiess, an den Bedingungen sei nicht zu rütteln», erzählt Frino.

Dem SEM hörig

Anfang Januar verbrachte Ursi Krajnik-Schweizer, Sekretärin des Stadtzürcher Sozialdepartements, sechs Tage im BAZ – gemäss Sozialdepartement ein persönlich motivierter Arbeitsaustausch. Doch das bezweifeln die damals Anwesenden. Mitten in der medialen Aufregung um das BAZ liege der Grund für den Besuch sicherlich woanders.

Nach Krajnik-Schweizers Einsatz gab es noch im selben Monat eine offene Runde mit ihr, Raphael Golta und Claudia Nyffenegger, Vizedirektorin der AOZ. Frino war vor Ort und von der Veranstaltung ernüchtert: «Golta hat fast ausschliesslich selbst geredet und uns Angestellten kaum zugehört.»

Ein Grossteil von Frinos Frust bezieht sich auf die Entscheidungshoheit des SEM und das Gehörchen der AOZ. So entscheide das SEM etwa alleine über die Strafen, wenn Asylsuchende ein «Pflichtamt» vernachlässigten. Auf Anfrage kommt dazu vom SEM die ausweichende Antwort: Man stelle an alle Betreuungs- und Sicherheitsdienstleister in den Bundesasylzentren die gleichen Anforderungen. «Aussagen von Mitarbeitenden, die sich anonym gegenüber Medien äussern, kommentieren wir nicht.»

Und was sagt die AOZ zu den schwerwiegenden Vorwürfen, sie nutze ihr Personal finanziell aus, worunter auch die Betreuung der Asylsuchenden leide? Pressesprecher Thomas Schmutz schreibt: «Die Rahmenbedingungen im Asylbereich legen die Stimmbevölkerung, die Politik und seit den neunziger Jahren auch die neoliberale Marktlogik in Form der Ausschreibungen von Aufgaben der öffentlichen Hand fest.» Für die Anbieter von Betreuungsangeboten liege ein kleiner Spielraum im Ausloten von konkurrenzfähigen Preisen. Die AOZ beschäftige jedoch keine ungelernen ArbeiterInnen, sie müssten eine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung sowie Berufserfahrung mitbringen.

Alles in allem scheint sich die AOZ klar positioniert zu haben: Fest bedingungslos folgt sie den Forderungen des SEM und kämpft mit harten Bandagen um Betreuungsaufträge. Im Sommer 2018 etwa entliess sie aufgrund von gesunkenen Asylzahlen bei Minderjährigen Dutzende Angestellte. Statt auf SozialarbeiterInnen setzt sie auch in den Zentren für unbegleitete Minderjährige zunehmend auf BetreuerInnen.

* Namen sowie teilweise auch Geschlecht, Berufsbezeichnung und Zeitraum des Anstellungsverhältnisses geändert.

PROWOZ

Dieser Artikel wurde ermöglicht durch den Recherchefonds des Fördervereins ProWOZ. Der Fonds unterstützt Recherchen und Reportagen, die die finanziellen Möglichkeiten der WOZ übersteigen. Er speist sich aus Spenden der WOZ-LeserInnen.

Förderverein ProWOZ, Postfach, 8031 Zürich, PC 80-22251-0

DIE SITUATION IN BASEL

Verzweifelte Grüsse

Die Briefe aus dem Bundesasylzentrum sind unmissverständlich: An der Freiburgerstrasse 50 in Basel hält man es nicht lange aus. Nur dass die AbsenderInnen der Briefe hier nicht einfach wegkönnen. Sie müssen auf ihren Entscheid im Asylverfahren warten. «Das hier ist eher ein Gefängnis als ein Geflüchtetenlager», heisst es in einem der Briefe. Einzelpersonen müssten sich das Zimmer mit bis zu zwölf Personen teilen, Familien würden oft keinen separaten Raum erhalten.

«Unser Grundbedürfnis nach ausreichender Nahrung ist nicht gewährleistet», steht in einem anderen Brief: Ständig würden die gleichen Gerichte aufgetischt, was bei vielen Asylsuchenden zu Magenbeschwerden führe. Kritisiert werden auch die rigiden Zutrittskontrollen, der mangelnde Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie die fehlenden Arbeitsmöglichkeiten.

Gesammelt und übersetzt hat die Briefe die Gruppe «3 Rosen gegen Grenzen», die im letzten Sommer aus einer Besetzung des Dreirosenparks entstand. Hier engagieren sich Geflüchtete zusammen mit Menschen, die in der Schweiz aufgewachsen sind. Mit den Erfahrungsberichten wollen sie die besorgniserregenden Zustände im Zentrum öffentlich machen. Sie fordern, dass die Privatsphäre der BewohnerInnen respektiert und individuelle Kochmöglichkeiten geschaffen werden. Auch soll die Ausgangsperre ab 17 Uhr aufgehoben und auf die erniedrigenden Eingangskontrollen verzichtet werden.

Die AktivistInnen betonen, dass es sich bei der Situation in Basel nicht um einen Einzelfall handle. Die Asylverfahren, die im letzten Jahr beschleunigt wurden, zielten strukturell darauf ab, den Asylsuchenden den Alltag in der Schweiz möglichst schwierig zu machen. Umso einfacher liessen sich diese später ausschaffen. Tatsächlich erinnert die Kritik stark an jene, die Ende letzten Jahres von den BewohnerInnen des Duttweiler-Areals in der Stadt Zürich geäussert wurde (vgl. Haupttext).

Die Firma ORS, die in Basel für die Betreuung der Asylsuchenden zuständig ist, schreibt zu den Vorwürfen, dass man beim Essen mit einem Cateringunternehmen zusammenarbeite. Dieses achte auf eine ausgewogene Ernährung, der Menüplan wiederhole sich allerdings alle zwei Wochen. Die engen Platzverhältnisse und die Aufteilung von Familien räumt die Firma ein, ebenso die Unterbringung von Einzelpersonen in Zivilschutzbunkern. Dies sei jedoch auf laufende Umbauten zurückzuführen. «Je nach Auslastung wird im Belegungsmanagement darauf geachtet, den Asylsuchenden Rückzugsmöglichkeiten zu bieten.»

Welchen Eindruck dieses Management hinterlässt, verdeutlichen die Asylsuchenden zum Schluss von einem ihrer Briefe: «Wir können nicht verstehen, warum Menschen so wenig Wert zugespochen wird.»

KASPAR SURBER

CORONAVIRUS

«Das Virus hat null Interesse, seinen Wirt zu töten»

Der Immunologe Pietro Vernazza ist Chefarzt am Kantonsspital St. Gallen. Er hinterfragt die Eindämmungsstrategie des Bundesrats im Kampf gegen das Coronavirus. Aus seiner Sicht lässt sich die Ausbreitung nicht verhindern. Panik sei dennoch nicht angebracht.

INTERVIEW: DANIEL STERN

WOZ: Herr Vernazza, können Sie uns in einfachen Worten den Unterschied zwischen Erkrankungen durch das Coronavirus und einer üblichen Grippe erklären?

Pietro Vernazza: Beides sind Viruserkrankungen. Gegen die Grippe sind wir teilweise immun. Wenn unser Immunsystem schwächer wird, erwischt es uns stärker, so sterben etwa ältere Menschen häufiger an der Grippe. Coronaviren kennen wir seit Jahren, und Kinder werden nach der Ersterkrankung meist immun. Insgesamt sind diese bekannten Coronaviren vergleichsweise harmlos. Anders ist es beim neuen 2019-Coronavirus, gegen das noch niemand immun ist. Anders als bei der Grippe sind Kinder nicht besonders gefährdet. Gefährdet sind ältere Menschen und solche mit chronischen Krankheiten. Mehr als achtzig Prozent der jetzigen Coronavirus-Erkrankungen verlaufen mild. Je nach Altersverteilung kommt es zu mehr oder weniger Todesfällen. Im Durchschnitt könnten es schon ein Prozent sein. Doch die Grippe ist auch eine schwere Krankheit. Letzte Woche ist bei uns eine junge Frau an Grippe gestorben.

In einer chinesischen Studie heisst es, dass in der Provinz Hubei 2,9 Prozent der Infizierten am Virus gestorben seien, während es im Rest des Landes nur 0,4 Prozent seien. Wie interpretieren Sie diese Zahlen?

Das hat viele Gründe. Oft verlaufen neue Virusinfektionen anfangs schwerer. Mit der Zeit werden die Verläufe milder. Das Virus hat null Interesse, seinen Wirt zu töten. Es will zusammen mit dem Wirt überleben. Dann kommt dazu, dass man zu Beginn nur die ganz schweren Fälle sieht: die Patienten, die dann eben häufiger sterben. Je mehr mildere Fälle man erfasst, desto geringer wird in der Statistik der Anteil der schweren, tödlich verlaufenden Fälle. Jeder Todesfall ist tragisch. Doch wir müssen auch erkennen, dass beim Coronavirus viele Todesfälle unter älteren Menschen auftreten. Der Römer Cheffinfektologe hat das treffend formuliert: Menschen, die in diesen Tagen in Italien verstorben sind, sind mit Coronavirus verstorben, nicht wegen des Coronavirus. Das heisst allerdings nicht, dass es nicht auch Todesfälle bei gesünderen jungen Menschen geben wird.



Pietro Vernazza

dass achtzig Prozent der Infizierten eine sehr milde Form der Krankheit entwickeln, dann ist es schon ein sehr grosser Glücksfall, einen dieser Infizierten zu entdecken. Das BAG hat zum Beispiel in den ersten Wochen nach Bekanntwerden des neuen Virus vorgeschrieben, dass nur Patienten mit einer Lungeninfektion auf das Virus getestet werden. Diese Falldefinition erfasst somit nur die Spitze des Eisbergs.

Sind Quarantänen sinnvoll?

Unter Quarantänen versteht man ja, dass gesunde Personen, die mit Erkrankten in Kontakt kamen, überwacht werden, damit sie nicht andere Leute anstecken können. Letztlich liegt dahinter der Gedanke des Containments. Man will also verhindern, dass sich die Krankheit überhaupt ausbreitet. Dies ist auch die jetzige Strategie der europäischen Länder inklusive der Schweiz. Ich bin überzeugt, dass diese Strategie nicht mehr tauglich ist. Es lässt sich realistischerweise nicht mehr verhindern, dass sich unentdeckte Infektionen weiter übertragen. Quarantänemassnahmen sind extrem aufwendig. Ich bin der Meinung, dass man diesen kaum wirksamen Ressourcenverschleiss sofort stoppen muss.

Was ist die Alternative dazu?

Abschwächung. Das muss man jetzt vorantreiben. Wir können mit einfachen Massnahmen das Ansteckungsrisiko reduzieren. Da können wir innovativ sein, Kampagnen können da helfen. Jede Verzögerung von Ansteckungen gewinnt Zeit und reduziert die Krankheitsfälle.

Wie kann das Ansteckungsrisiko verkleinert werden?

Es ist ganz banal. Es geht nicht darum, Masken zu tragen. Die meisten mild Erkrankten husten ja nicht. Die meisten Übertragungen passieren im direkten Kontakt. Mit den Händen. Deshalb sollten wir regelmässig die Hände waschen und das häufige Berühren des Mundes, der Nase und der Augen vermeiden. Kranke Menschen sollen zu Hause bleiben. Die zusätzliche Wirkung von Masken ist vermutlich bescheiden.

Offenbar sind an vielen Orten Schutzmasken ausverkauft. Herrscht Panik?

Ich weiss nicht, ob «Panik» das richtige Wort ist. Es ist eher ein kopflooses Handeln von verunsicherten Menschen. Irritierend finde ich, dass wir jahrzehntelang Grippeerkrankungen als eine Bagatelle tolerieren und jetzt plötzlich einen eher chaotisch anmutenden Aktivismus an den Tag legen. Das ist irrational.



«Aus nüchterner Distanz betrachtet, scheinen die Massnahmen in Italien überstürzt»: Piazza Duomo in Mailand, 25. Februar 2020. FOTO: ALAMY